

## **Spritpreise runter – Energie darf kein Luxus werden**

beschlossen durch den Landesvorstand der Sächsischen Union am 12. März 2022

Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Wladimir Putins gegen die Ukraine und die damit verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen sind innerhalb der letzten Tage die Preise für Öl, Gas, Benzin und Diesel drastisch in die Höhe geschossen.

Dies geht zuvorderst zu Lasten derer, die auf ihre Autos angewiesen sind – privat und beruflich. Mobilität, auch als Teil der Daseinsvorsorge verstanden, muss überall und für jeden gesichert sein. Spritpreise von über 2 Euro machen jedoch Tanken und Mobilität zum Luxus. Wir sind überzeugt, dass Mobilität nicht zur sozialen Frage werden darf.

Auch für Handwerksbetriebe, mittelständische Unternehmen, die Landwirtschaft sowie die Industrie sind die sprunghaft gestiegenen Energiepreise eine existenzielle Belastung.

Die Bundesregierung muss unverzüglich handeln.

Als Sächsische Union setzen wir uns dafür ein, die Bürgerinnen und Bürger in ganz Deutschland und Sachsen sowie die Unternehmen schnell und spürbar zu entlasten.

- 1) Energiesteuer auf Sprit umgehend auf europäisches Mindestmaß absenken  
Mit einer Absenkung auf das europäische Mindestmaß wäre eine Reduktion der Energiesteuer auf Benzin um fast die Hälfte möglich. Dies würde beispielsweise für Benzin eine Senkung der Energiesteuer von 65,45 Cent/Liter auf 36 Cent/Liter senken. Bei Diesel würde sie um rund ein Drittel. Die Bundesregierung muss mit allen ihr zur Verfügung stehenden Instrumenten dafür sorgen, dass der Spritpreis konstant unter zwei Euro bleibt. Nur so können auch die Existenzen und die wirtschaftliche Grundlage, gerade von kleinen und mittleren Betrieben gesichert werden.
- 2) Absenkung der Mehrwertsteuer auf Sprit  
Wir haben während der Corona-Pandemie die Erfahrung gemacht, dass die Absenkung der Mehrwertsteuer die Menschen in unserem Land gezielt entlasten kann – gerade dann, wenn die sie umgebende wirtschaftliche Situation unruhig und angespannt ist. Deswegen wollen wir auch zeitlich begrenzt die Mehrwertsteuer auf Benzin, Diesel und Heizöl von 19 auf 7 Prozent absenken.
- 3) Pendlerpauschale erhöhen  
Wir setzen uns für die Anhebung der Pendlerpauschale auf 38 Cent und das ab dem ersten Kilometer ein. Dies gilt für uns auch für km-Pauschalen bei Dienstreisen. Die Bundesregierung muss ebenso prüfen, wie sie ein Entfernungsgeld monatlich an pendelnde Arbeitnehmer zahlen kann, da die Entlastung durch die Pendlerpauschale erst im nächsten Jahr mit der

Steuererklärung greift. Gerade Menschen mit geringem Einkommen brauchen aber eine schnellstmögliche Ergänzung. Das schafft reale Entlastung und eröffnet wieder mehr finanzielle Spielräume für Bürgerinnen und Bürger.

4) Langfristig die Abhängigkeit von einzelnen Energieexporteuren reduzieren

Die Bundesregierung ist aufgefordert, zügig eine Strategie zu entwickeln und umzusetzen, die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von einzelnen Exporteuren wie Russland beendet und neuen Abhängigkeiten vorbeugt. Die aktuelle Situation macht deutlich, dass sich ideologische Tabus dabei verbieten. Ein zeitgemäßes Planungsrecht muss den Ausbau erneuerbarer Energien, Netze und Speicher, technologieoffen beschleunigen. Verlässliche Energieträger wie Atomkraft und Kohle sind genauso in den Blick zu nehmen und Ausstiegsdaten neu zu bewerten.

Diese Maßnahmen vermögen es den Bürgerinnen und Bürgern in ihrer aktuellen Situation konkret und sofort zu helfen und für alle Menschen in Deutschland und Sachsen Mobilität zu ermöglichen sowie langfristig die energiepolitische Unabhängigkeit und Sicherheit Deutschlands stärken.